

Die wilde Jagd nach Masken

Behörden beschaffen «grösstmögliche Mengen» an Schutzmaterial – Angebot wird knapp

Lukas Häuptli

Jetzt also die USA: 330 Millionen Amerikaner und Amerikanerinnen sollen künftig in der Öffentlichkeit Masken gegen das Coronavirus tragen. Donald Trump gab die Empfehlung der amerikanischen Gesundheitsbehörde CDC am Freitagabend bekannt. Zwar sagte er, das Tragen der Masken sei freiwillig – und er, der Präsident, werde sich nicht an die Empfehlung halten. Er erklärte aber auch, man müsse dafür sorgen, dass es in den USA Masken für alle gebe.

Spätestens das war der Startschuss für eine weltweite Jagd nach Schutzmasken. So wurden dieser Tage Masken, die ein amerikanisches Unternehmen in China für Abnehmer in Deutschland und Frankreich herstellen liess, abgefangen und angeblich nach Amerika umgeleitet. Zwar wiesen die USA die Vorwürfe zurück. In Frankreich aber ist mittlerweile von einem «guerre des masques» die Rede. Und der bayerische Ministerpräsident Markus Söder beklagte, die USA würden im Kampf um Masken schon «relativ robust» auftreten. Nicht ohne darauf hinzuweisen, dass man in Deutschland «Milliarden Masken» brauche.

Täglich fünfzig Anfragen

Der Bedarf an Schutzmasken wächst auch in der Schweiz. Internetanbieter, Drogerien und Apotheken berichten von immer mehr Kunden, die Masken kaufen wollen. «Die Nachfrage ist in den letzten Tagen eindeutig gestiegen», sagt Lorenz Schmid, Besitzer der Paradeplatz-Apotheke in der Zürcher City und Präsident des kantonalen Apothekerverbands. Und Rudolf Andres, Verwaltungsratspräsident der Rotpunkt Pharma, der rund hundert Apotheken angeschlossen sind, sagt: «Wir erhalten jeden Tag rund fünfzig Anfragen.» Bedeutend kleiner als die Nachfrage ist allerdings das Angebot: In den meisten Apotheken und Drogerien gibt es nur noch sehr wenige Masken. Oder gar keine mehr.

Auch die Behörden sind auf der Suche nach Masken. Sie brauchen einerseits Hygienemasken,

andererseits Atemschutzmasken der Stufe FFP1 bis FFP3. Diese tragen unter anderem Ärzte auf den Intensivstationen der Spitäler.

«Zurzeit kauft man alles, was man kaufen kann», sagt dazu ein Bundesbeamter, der Einblick ins Beschaffungswesen hat. Ähnlich tönt es bei der Schweizerischen Gesundheitsdirektorenkonferenz (GDK). «Beim Schutzmaterial setzen die Behörden seit Tagen alles daran, grösstmögliche Mengen zu beschaffen und die Produktion in der Schweiz auszubauen», sagt Sprecher Tobias Bär. Die Versorgung mit Masken etwa sei bei ambulanten Gesundheitseinrichtungen oder in Pflegeheimen teils noch nicht ausreichend. Bär: «Die GDK hat die Kantone aufgefordert, alle Organisationen und Institutionen des Gesundheitswesens zu berücksichtigen.»

Beim Bund ist für die Beschaffung der Masken die Armeeapotheke verantwortlich. Sie kauft, hält Reserven und gibt Material an die Kantone ab. Seit Ausbruch der Corona-Krise Ende Februar waren das rund 17,5 Millionen Hygiene- und Atemschutzmasken. Das Problem: Der Bedarf in den Kantonen und den dortigen Gesundheitseinrichtungen war und ist deutlich grösser.

Aus diesem Grund kaufen auch die Kantone und Spitäler alles, was sie kaufen können. «Es herrscht Catch-as-catch-can», sagt eine Person, die für den Einkauf eines mittelgrossen Schweizer Spitals zuständig ist. «Nützlich sind vor allem gute Kontakte und Beziehungen.» Ein weiteres Problem: Die grosse Nachfrage hat viele zweifelhafte Anbieter auf den Plan gerufen. «Ich erhalte jeden Tag zehn bis zwanzig Angebote für Masken», sagt Ingrid Möll, Kantonsapothekerin von Appenzell Ausserrhoden. «Die meisten dieser Angebote aber sind bezüglich ihrer Qualität schwierig einzuschätzen oder nicht seriös.»

Fest steht, dass dieser Tage sowohl Kantone und Spitäler als auch Private grosse Sammelbestellungen für Schutzmasken und andere medizinische Güter in China machen. Eine Bestellung stammt aus dem Kanton Zürich, eine vom Kanton Bern, eine von



Beim Kauf von Masken herrsche «Catch-as-catch-can», sagt eine Spitalvertreterin.

der Handelskammer Schweiz-China und der Genfer Kammer für Handels-, Industrie- und Dienstleistungen. «Unsere Bestellung soll in den nächsten zehn Tagen eintreffen», sagt der Berner Regierungssprecher Christian Kräuchi. Ob das tatsächlich passiert, ist ungewiss. In einem anderen Fall hatte eine Schweizer Firma Anfang März medizinisches Material bestellt. Noch heute wartet sie auf die Lieferung.

Bundesrat intervenierte

Wegen all dieser Probleme hat der Bundesrat am letzten Freitag entschieden, dass die Bundesverwaltung künftig mehr Kompetenzen bei der Versorgung des Landes mit wichtigen medizinischen

Gütern und wichtigen Medikamenten erhält. So hat er in diesem Bereich eine Meldepflicht für Güter und Medikamente eingeführt.

Von einer Empfehlung wie in den USA, dass alle Einwohner und Einwohnerinnen in der Schweiz in der Öffentlichkeit eine Schutzmaske tragen sollen, sieht der Bund weiterhin ab. Dafür bräuchte es gemäss einer Studie der ETH drei bis vier Millionen Hygienemasken pro Tag. Der Bund hat davon zurzeit rund 13 Millionen in Reserve. Diese wären also nach spätestens fünf Tagen aufgebraucht. In welchem Ausmass Hygienemasken der breiten Bevölkerung nützen, ist wissenschaftlich allerdings umstritten.

Schutzmasken für alle? Nach fünf Tagen wären die Reserven des Bundes aufgebraucht.

Unispital beurlaubt Chefarzt

Eine Untersuchung gegen den Klinikdirektor der Gynäkologie in Zürich hat Folgen. Der Arzt bezieht Ferien auf unbestimmte Zeit.
Michael Furger

Chefarzt Daniel Fink arbeitet ab sofort nicht mehr als Klinikdirektor der Gynäkologie am Zürcher Universitätsspital. Die Spitaldirektion hat ihn beurlaubt. Das teilte Spitaldirektor Gregor Zünd am frühen Freitagmorgen an einem internen Informationsanlass mit. Eingeladen waren die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Frauen- und Kindermedizin. Der Entscheid des Spitals steht in Zusammenhang mit einer laufenden Untersuchung gegen Fink.

Laut einer Person, welche die Information mitverfolgt hat, ist der Urlaub von Fink als dauerhaft bezeichnet worden. Für die Leitung der Gynäkologie wurde ein interimistischer Direktor bestimmt, man suche aber nach einer dauerhaften Lösung für die Nachfolge. Zu diesen Informationen wollten weder das Unispital noch die Zürcher Gesundheitsdirektion Stellung nehmen.

Die externe Untersuchung gegen Fink geht auf eine Recherche der «NZZ am Sonntag» zurück. Sie deckte vor einem Monat auf, dass Fink sich über Jahre und in grosser Zahl für Operationen von Privatpatientinnen eintragen liess, die er laut Quellen nicht oder nur teilweise selbst ausführte. Laut Operationsplänen fanden bis zu drei Eingriffe gleichzeitig statt, öfters setzte Fink parallel noch Sprechstunden an. Andere Ärzte halten das für kaum machbar und bezeichnen das Vorgehen als sehr ungewöhnlich. Sie vermuten, es könnten finanzielle Interessen dahinterstehen. Für Privatversicherte zahlen Krankenkassen Extrapremien aus. Einen Teil davon können die Kaderärzte unter sich aufteilen. Fink bestritt vor einem Monat diese Vermutungen. An der Mitarbeiterinformation diese Woche soll der Spitaldirektor laut einer Quelle die Anschuldigungen als «schwerwiegend, aber gut dokumentiert» bezeichnet haben.

Schulschliessung: Jeder fünfte Schüler ist gefährdet

Der Lockdown vergrössert die Unterschiede zwischen den Schülern. Das zeigt eine neue Studie. Die Lehrer verlangen darum mehr Hilfe, wenn die Schulen wieder öffnen.

René Donzé

Seit drei Wochen sind die Schulen in der Schweiz geschlossen, gelernt wird zu Hause – offiziell bis nach den Frühlingsferien, wahrscheinlich aber noch länger. Nun liegt eine erste Untersuchung darüber vor, wie sich die neue Situation auf das Lernverhalten der Schüler auswirkt. «Rund ein Drittel ist sehr gut unterwegs, bei einem weiteren Drittel hält sich das zeitliche Engagement im Rahmen, bei einem Drittel hingegen wird es kritisch», sagt Stephan Huber, Leiter Forschung und Entwicklung an der Pädagogischen Hochschule Zug.

Er hat das «Schul-Barometer» lanciert; eine Umfrage bei Schülern zwischen 10 und 19 Jahren, Pädagogen und Eltern in der Schweiz, in Deutschland und in Österreich. Die Auswertung der ersten rund 2500 Rückmeldun-

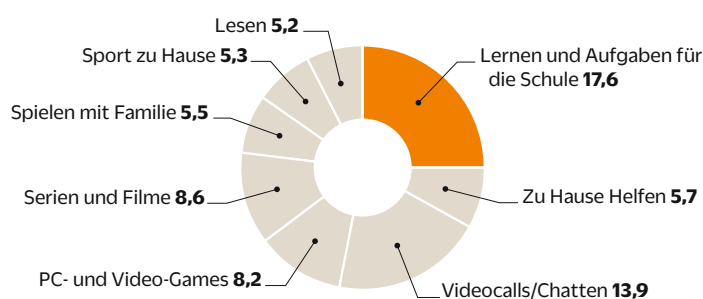
gen, die der «NZZ am Sonntag» exklusiv vorliegt, zeigt: Im Mittel verbringen die Schüler derzeit knapp 18 Stunden pro Woche mit Lernen, deutlich weniger als im regulären Schulbetrieb, der im Kanton Zürich in diesem Alter 22 bis 26 Stunden (30 bis 35 Lektionen zu 45 Minuten) umfasst. «Sorgen bereitet uns, dass fast jeder fünfte Schüler neun und weniger Stunden pro Woche für die Schule arbeitet.» Dabei handle es sich vermutlich oft um Kinder mit wenig Lernfreude, Unterstützung, Platz und Ruhe zu Hause. Diese Schüler könnten gefährdet sein.

Damit bestärkt die Studie, was viele Fachleute befürchten: «Die Schere zwischen leistungsstarken und schwachen Schülern wird sich weiter öffnen», sagt etwa Andrea Lanfranchi, Professor an der Interkantonalen Hochschule für Heilpädagogik. Und er warnt: «Wir müssen vermeiden, dass Kinder aus prekären Familienverhältnissen noch mehr zu Bildungsverlierern werden.»

Ein Problem, das auch andere Länder kennen. So hat Fabrizio Zilibotti von der Universität Yale berechnet, dass für US-Schüler

Wenig Zeit für die Schule

Aktivitäten der Schüler in Zeiten von Corona (Stunden pro Woche)



Quelle: Schul-Barometer, Institut für Bildungsmanagement und Bildungsökonomie, PH Zug

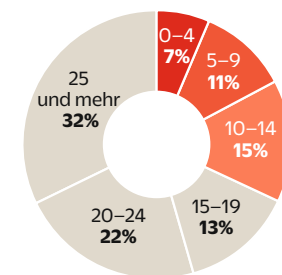
ein Rückstand von bis zu einem Jahr entstehen könnte, wenn die Schulen bis Sommer zu bleiben. Denn wenn die Schüler wenig bis keine Zeit mit Lernen verbringen, können sie sogar bereits Gelerntes vergessen – ein Effekt, der bereits während der normalen Sommerferien eintritt. Mit einem langen Lockdown würde dieser noch verstärkt. Zilibotti, ehemals Professor an der Uni Zürich, vermutet, dass in der Schweiz zwar weniger Kinder ganz abgehängt

werden als in den USA. Dennoch rät er, die Kinder zu prüfen und wo nötig in Kurse zu schicken, um Lücken zu schliessen.

In eine ähnliche Richtung gehen die Überlegungen von Dagmar Rösler: «Es wird nach der Corona-Krise eine neue Dimension in den Klassen aufgehen», sagt die Präsidentin des Lehrerverbandes Schweiz. «Diese neu entstandenen Defizite wird man nicht einfach im regulären Unterricht auffangen können. Auch

Ein Drittel hängt ab

Zeit für Lernen und Aufgaben für die Schule gemäss Angaben der Schüler (Stunden pro Woche)



nicht im bereits bestehenden Heilpädagogik-Pool. Da müssen tatsächlich neue Ressourcen gesprochen werden.» Es brauche zusätzliche Massnahmen in den Schulen. Auch Stephan Huber empfiehlt, dass Schulen diese Schüler verstärkt fördern und dass die Schulen dafür Unterstützung erhalten sollten.

Zurück zum «Schul-Barometer»: Dieses führt auch sonst zu interessanten Aussagen. So spielen etwa 10 Prozent der Schü-

ler übermässig lange am Computer, etwa 15 Stunden pro Woche. Damit gamen sie fast doppelt so lange wie der Durchschnitt. Das Spielen mit der Familie findet dafür bei einem Viertel selten oder nie statt, bei 6 Prozent hingegen über 15 Stunden pro Woche.

Und wie gefällt den Kindern die Zeit zu Hause? Viele finden den Fernunterricht toll, 18 Prozent glauben, sie würden jetzt mehr lernen, und ein Drittel hofft sogar, dass auch später ein Teil der Schule so stattfindet. Andere äussern sich kritisch, sprechen von einer hohen Belastung. Viele wünschen sich mehr Unterstützung. Jeder Dritte hat jetzt schon das Gefühl, dass ihm die Decke auf den Kopf fällt. 43 Prozent vermessen die Schule.

Bei den Eltern wiederum überwiegt die Sorge um den Fortschritt ihrer Kinder sowie deren Belastung. Sehr oft erhalten die Lehrer gute Noten für ihren Einsatz in dieser schwierigen Zeit. «Die Wertschätzung für die Schule steigt», sagt Huber. Viele Eltern merken erst jetzt, was die Lehrer schon unter normalen Umständen für die Kinder leisteten.